

Bern



Kulturbeauftragte
Künstler haben Ansprüche an
Veronica Schallers Nachfolge. 21

Stadt will nun doch selber bauen

Die Stadt Bern will auf dem Viererfeld als Bauherrin auftreten, obwohl sie dies in der Abstimmungsbotschaft ausgeschlossen hatte. Möglich ist aber auch ein Deal mit gemeinnützigen Wohnbauträgern.

Bernhard Ott

Eigentlich war der Fall auf dem Viererfeld klar: «Die Stadt plant, die Baufelder nicht selber zu bebauen, sondern im Baurecht an Investoren abzugeben», steht in der Abstimmungsbotschaft zur Zonenplanänderung Viererfeld. Vor zwei Jahren hat das Volk die Vorlage mit dieser Vorgabe angenommen. Aber der Gemeinderat hat seine Meinung inzwischen geändert. «Die Stadt plant auf dem Viererfeld selber oder mittels Betei-

«Ich sehe keine Konkurrenz durch die Stadt, sondern eine Ergänzung.»

Jürg Sollberger, Wohnbaugenossenschaften

lung einen Anteil zu bauen», steht in der jüngst publizierten Antwort auf einen Vorstoss von SP und Grünem Bündnis. Gemeinderat Michael Aebersold (SP) stellt den Kurswechsel gar nicht erst in Abrede. Die Rahmenbedingungen hätten sich seither geändert. Ein Schwerpunkt der nun laufenden Legislatur sei die Wohnbaupolitik, sagt Aebersold.

Hin und Her bei der Stadt

Die Abstimmungsbotschaft hatte allerdings nicht einmal die Halbwertszeit von einem Jahr. Denn bereits im April letzten Jahres gab Aebersold dem «Bund» zu Protokoll, dass die Stadt 25 Prozent des Areals selber überbauen wolle. Der städtische Anteil sollte damals noch ganz auf Kosten des Anteils der privaten Wohnbauträger gehen. Der Unmut auf bürgerlicher Seite war entsprechend gross. Mittlerweile hat sich aber auch dies wieder geändert: Die Stadt lässt es im Wettbewerbsprogramm explizit offen, «ob städtische Bauprojekte als gemeinnütziger Wohnungsbau und/oder als Wohnungsbau mit Marktmiete realisiert werden». Aebersold betont allerdings, dass heute noch keine Baufelder verteilt werden und dass es zunächst gelte, das Wettbewerbsergebnis abzuwarten. «Welche, wie, wo und wie viele Wohnungen die Stadt selber realisieren wird, hängt vom Wettbewerbsergebnis ab.»

Trotz dieser Worte sind die Stadt und die gemeinnützigen Wohnbauträger aber seit einiger Zeit auf Tuchfühlung miteinander. «Ich sehe keine Konkur-

renz durch die Stadt, sondern eine Ergänzung», sagt Jürg Sollberger, Präsident des Regionalverbandes Bern-Solothurn von Wohnbaugenossenschaften Schweiz. Falls die Stadt selber Wohnungen baue, gehe er davon aus, dass sie dies auf dem Anteil für private Investoren tun werde.

«Beitrag an die Gesellschaft»

Die gemeinnützigen Wohnbauträger seien aber offen, die Stadt als Mitglied in der zu gründenden «Genossenschaft der Genossenschaften» aufzunehmen oder die Stadt als Mieterin zu begrüssen – selbst wenn es dabei um die Schaffung subventionierter Wohnungen gehen sollte. Gemeinnützige Wohnbauträger könnten aber nicht selber Wohnungen mit subventionierten Mietzinsen anbieten. «Wir geben die Wohnungen zur Kostenmiete ab.» Die Stadt als Mieterin könne aber die Kostenmieten «heruntersubventionieren», um die Wohnungen in Untermiete weiterzugeben.

Für Sollberger wären solche Modelle der Kooperation ein «zusätzlicher Beitrag der Wohnbaugenossenschaften an die Gesellschaft». Sie würden nicht «nur» kostendämpfend auf dem Wohnungsmarkt wirken, sondern trügen auch zu einer grösseren Durchmischung der Mieterschaft auf dem Viererfeld bei. «Neubauten von Wohnbaugenossenschaften kosten so viel, dass in der Regel der Mittelstand angesprochen wird», sagt Sollberger.

Direktvergabe der ersten Etappe?

Als Ansprechpartner der Stadt bei solchen Kooperationen könnte die erwähnte Genossenschaft der Genossenschaften fungieren. Sie soll nach den Sommerferien als Hauptstadtgenossenschaft gegründet werden und will sich für die erste Bauetappe bewerben. Diese Etappe umfasst 300 Wohnungen und soll ab 2020 realisiert werden.

Sollberger hofft, dass die gemeinnützige Hälfte des Auftrags direkt an die Hauptstadtgenossenschaft vergeben wird, zumal diese einen grossen Teil der Berner Genossenschaften auf sich vereinigen möchte. Teil einer entsprechenden Vereinbarung könnte die Kooperation der Wohnbaugenossenschaften mit der Stadt sein. «Wir sind für solche Diskussionen offen», sagt Sollberger.

Fürs Erste gelte es nun aber, das Konzept und die Finanzierung der ersten Bauetappe sicherzustellen. «Wir wollen glaubwürdig gegenüber der Öffentlichkeit auftreten.» Sollberger denkt dabei wohl auch an die nächste Volksabstimmung zum Viererfeld über die Abgabe der Baufelder im Baurecht.



Wo die Stadt auf dem Viererfeld selber bauen will, ist noch unklar. Foto: Adrian Moser

Zwei Jahre Ausländermotion – und noch kein einziger Vorstoss

Ausländerinnen und Ausländer können sich mithilfe des Partizipationsreglementes politisch beteiligen. Weshalb tun sie es nicht?

Kathrin Schuler

Das Berner Stimmvolk hat vor drei Jahren entschieden, die Ausländermotion anzunehmen und den Migrantinnen und Migranten auf diese Weise eine Möglichkeit der politischen Mitbestimmung einzuräumen. Im November 2016 trat das neue Reglement in Kraft. Seither sind fast zwei Jahre vergangen. Passiert ist aber noch nichts. Keine einzige Motion wurde bis jetzt eingereicht. War alles umsonst? Nein, sagt Gemeinderätin Franziska Teuscher (GB). Sie habe nie die Illusion gehabt, dass die Möglichkeit sofort genutzt werde. Es handle sich um ein neues und anspruchsvolles Instrument, und es brauche immer eine gewisse Zeit, bis es auch genutzt werde.

Auch die ehemalige GB-Stadträtin und Motionärin Cristina Anliker-Mansour ist nicht besorgt: «Ich habe das Gefühl, dass Migrationsvereine sich vermehrt damit auseinandersetzen.» Warum gibt es dann noch keinen Vorstoss? Die Leute müssten den politischen Prozess erst verstehen und sich mit den Hürden auseinandersetzen, sagt Anliker. Sie selbst ist seit rund 30 Jahren in der Schweiz. Die Politikerin ist in Brasilien geboren und in Peru aufgewachsen.

Politik braucht Zeit

«Eine Motion einzureichen, ist ein langwieriger Prozess», sagt Szabolcs Mihalyi, Präsident der SP Bümpliz/Bethlehem. Das wirke zum Teil abschreckend. Mihalyi ist selber Migrant. Er flüchtete mit seinen Eltern 1981 als Vierjähriger aus Ungarn in die Schweiz. Damals herrschte in Ungarn noch ein kommunistisches Regime. Ein zusätzlicher Faktor ist laut Mihalyi, dass das Mittel der Ausländermotion noch zu wenig bekannt sei. «In Bern gibt es selten städtische Initiativen, obwohl das Mittel vorhanden wäre»,

sagt Mihalyi. Darum gehe es ja gerade: Es sei vor allem wichtig, dass ein politisches Mittel existiere. Auch Anliker-Mansour vertritt die Ansicht, dass es Zeit brauche, um die politische Beteiligung der Ausländerinnen und Ausländer umzusetzen. «Bis eine Motion eingereicht werden kann, erfordert es einen Organisationsaufwand», sagt sie. Viele Migrantinnen und Migranten fragten sich vor allem, wie sie die 200 Unterschriften zusammenbekämen. «Das ist der grösste Knackpunkt.» Dabei müsse man sich dem Problem stellen, wie man Leute finde, die ebenfalls vom Thema betroffen seien. Hinzu komme, dass nur unterschreiben dürfe, wer keine schweizerische Staatsbürgerschaft besitze, sagt Anliker-Mansour.

Für Änderungen ist es zu früh

Wenn es offenkundig so schwierig ist, die Unterschriften zusammenzubekommen, sollte dann nicht das Reglement angepasst werden? Gemeinderätin Teuscher sieht darin keine Option. «Die Rahmenbedingungen können wir nicht

einfach ändern, das müsste erneut im Stadtrat diskutiert werden.» Vor einer erneuten Diskussion im Stadtparlament wolle sie der Partizipationsmotion noch etwas Zeit lassen. Denn auch Schweizer Jugendliche würden mit dem Erreichen der Volljährigkeit nicht sofort politisch aktiv, ihre Stimm- und Wahlbeteiligung liege immer viel tiefer als beim Bevölkerungsdurchschnitt. «In meinen Augen ist das Ganze ein Erfolg für die Stadt Bern», sagt Teuscher. Mihalyi ist ebenfalls der Meinung, dass es keine Änderung braucht: «Man muss jetzt einfach abwarten.» Die Leute würden durch Privatpersonen oder Quartierkommissionen zunehmend sensibilisiert. Auch die Webseite der Stadt Bern gibt Auskunft zur Partizipationsmotion. «Grundsätzlich habe ich das Gefühl, dass etwas passiert», sagt Anliker.

Sogar die Gegner sind der Ansicht, eine konkrete Einschätzung sei zu früh. Dass noch nichts passiert sei, sei nicht überraschend, sagt Erich Hess (SVP). Doch er ist überzeugt: «Es wird bestimmt noch etwas kommen.»

Ask-Force

Herr Zürcher über Berner in Zürich



Im Zürcher Stadtparlament sitzt mit Martin Bürki seit kurzem ein gebürtiger Berner an der Spitze. «Die Tatsache, dass ein Berner nun oberster Zürcher ist, zeigt, wie weltoffen Zürich ist»: Das sagte er in einem «Bund»-Interview. Diese Aussage wiederum hat unseren Leser Bernhard Zürcher auf den Plan gerufen. Er habe sich über diesen Satz köstlich amüsiert, schreibt er und fragt dies: «Was denken Sie, ist es ein Zeichen von Weltoffenheit, wenn Zürich als obersten Zürcher einen Berner akzeptiert?»

Eher nicht, meinen wir. Das heisst aber nicht, dass Zürich nicht weltoffen wäre. Die Person, die das Parlament präsidiert, ist bloss nicht dazu geeignet, als Indikator für die Weltoffenheit einer Stadt zu dienen. Zumindest heutzutage nicht mehr. Martin Bürki sagt im Interview ja selber, nur ein Drittel der Ratsmitglieder rede noch Zürichdeutsch. Der Umkehrschluss ist der: Richtige Zürcher kommen nur noch jedes dritte Jahr an die Reihe – die übrige Zeit sind es Scheinzürcher.

Scheinzürcher? Ein Scheinzürcher ist das Gleiche wie ein Scheinberner, nur in Zürich. Generell sind es Leute, die von ausserhalb eines Gemeinwesens kommen und sich dort legal niederlas-

Die Sache mit den Scheinzürchern und Scheinbernern darf nicht unterschätzt werden.

sen. Weil Zürich boomt, wächst auch die Zahl der Scheinzürcher. Das lässt einen zweiten Umkehrschluss zu: Proportional gibt es viel weniger Scheinsimmaler als Scheinzürcher.

Etwas unübersichtlich wird die Sache, weil Familiennamen schon seit längerem nicht mehr zuverlässig Auskunft geben über die Herkunft einer Person. Der erste Grossratspräsident im Kanton Bern hiess Franz Bigler, und er kam – richtig: aus Biglen. Wenn aber heute einer Zürcher heisst, wie Sie, Herr Zürcher, kann er in Bern leben oder irgendwo. Und wenn er nach Zürich zieht, haben wir plötzlich einen Scheinzürcher, der Zürcher heisst.

Die Sache mit den Scheinzürchern und Scheinbernern darf aber nicht unterschätzt werden. Nehmen wir Andreas Glarner, den Nationalrat. Der kam zwar zu Recht in Glarus auf die Welt; bekannt geworden ist er aber wegen seiner Politik, die er als Gemeindepräsident von Oberwil-Lieli betrieb. Wo ist das Problem, fragen Sie sich jetzt vielleicht, Herr Zürcher. Nun: Fragen Sie die richtigen Glarner! Die müssen nun damit leben, dass ein Scheinaraugauer namens Glarner die Welt glauben lässt, Glarner seien weltabgewandt und retro. Dabei gibt es kaum einen Schweizer, der je weiter über den Rand der Welt hinaus gedacht hat, als Fritz Zwicky, der weltberühmte Astrophysiker aus dem Kanton Glarus. Als Kosmologe hat er Weltoffenheit geradezu verkörpert. Wobei: Ganz stimmt die Geschichte so auch nicht. Zwicky war nämlich ein Scheinglarner – geboren worden war er in Varna, Bulgarien.

Die Ask-Force beantwortet auch ausserkantonale Fragen: askforce@derbund.ch